

Veranstaltung

**„9. Arbeitsschutztag Sachsen-Anhalt“ am 10. Oktober 2007
in der Schweißtechnischen Lehr- und Versuchsanstalt Halle**

Grußwort von Frau Staatssekretärin Prof. Dr. Christiane Dienel, Ministerium für Gesundheit und Soziales

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Landesarbeitskreis für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz in Sachsen-Anhalt hat heute zum 9. Arbeitsschutztag des Landes in die Schweißtechnische Lehr- und Versuchsanstalt eingeladen. Ich heiße Sie zu dieser Veranstaltung herzlich willkommen. Schwerpunktmäßig wird sich die Tagung sowohl in den Fachvorträgen wie in der begleitenden Ausstellung mit dem Thema „Hautschutz, Hautpflege, Hautreinigung“ beschäftigen. Diese Problematik passt gut in die aktuelle, sehr intensive und tiefgründige Diskussion um die Weiterentwicklung des Arbeitsschutzes in Deutschland.

Die 83. Arbeits- und Sozialministerkonferenz hat sich auf der Grundlage früherer Beschlüsse zur Deregulierung des Arbeitsschutzrechtes mit den Fragen der Fortentwicklung des Deutschen Arbeitsschutzsystems beschäftigt. Sie hat die Grundsätze einer nationalen Arbeitsschutzstrategie festgelegt und den Länderausschuss für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik, den LASI, beauftragt, im Zusammenwirken mit der Bundesregierung und den Unfallversicherungsträgern und unter Beteiligung der relevanten Arbeitsschutzakteure, insbesondere der Sozialpartner, eine gemeinsame Arbeitsschutzstrategie zu entwickeln. Außerdem sollen Eckpunkte zur Umsetzung dieser Strategie in Handlungsprogrammen entwickelt und fortgeschrieben sowie ein untersetzendes Fachkonzept vorgelegt werden.

Die Beratungen zur Fortentwicklung dieser von der vorjährigen ASMK beschlossenen Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie wurden im Sommer diesen Jahres intensiv geführt. Es wurde ein Beschlussentwurf für die diesjährige ASMK vorgelegt, in dem vorgeschlagen wird, die für die Verbesserung der Prävention auf den Gebieten der Sicherheit und Gesunderhaltung von Beschäftigten in der Bundesrepublik Deutschland vorhandenen Potenziale besser als bisher zu verzahnen und mögliche Synergien zu nutzen, indem die Kräfte für die Umsetzung von drei gemeinsamen nationalen Arbeitsschutzzielen im Zeitraum zwischen 2008 und 2012 gebündelt werden. Wie ich finde, ein – auch vor dem Hintergrund der noch vor nicht allzu langer Zeit geführten heftigen Diskussion um die Zukunftsfähigkeit des in Deutschland bestehenden dualen Systems im Arbeitsschutz - bemerkenswerter Schritt.

Mit der Entscheidung für eine Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie von Bund, Ländern und Unfallversicherungsträgern hat die Politik auf Veränderungen reagiert. Das deutsche Arbeitsschutzsystem musste fit gemacht werden für die Bewältigung der Herausforderungen, die sich aus dem Wandel der Arbeitswelt - mit neuen Berufsbildern und Arbeitsfor-

men sowie veränderten Belastungen -, aus der demografischen Entwicklung - die einhergeht mit älter werdenden Belegschaften in den Betrieben - und der Globalisierung der Wirtschaft ergeben. Beim derzeitigen demografischen Wandel kommt der Erhaltung von Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Beschäftigten in den Unternehmen eine besondere Bedeutung zu. Prognosen lassen für Sachsen-Anhalt in den nächsten 20 Jahren einen Rückgang der Bevölkerung im mittleren Alter um ein Drittel erwarten. Diese Veränderung in der Altersstruktur beeinflusst den Arbeitsmarkt, der zukünftig mit einer älteren Erwerbsbevölkerung rechnen muss. Damit gewinnt die Gewährleistung von sicheren, gesunden und altersgerechten Arbeitsplätzen erheblich an Bedeutung. Moderner Arbeitsschutz muss auf diese Entwicklungen reagieren, er kann nur auf Prävention und Kooperation ausgerichtet sein. Nur so leistet dieses System unter den sich verändernden Rahmenbedingungen die erwarteten Beiträge zum Erhalt und zur Verbesserung der Gesundheit und der Beschäftigungsfähigkeit und damit zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung.

Dass es hier noch nicht zum Besten steht, belegen die Ergebnisse der jüngsten Repräsentativbefragung von 20.000 Beschäftigten durch das Bundesinstitut für berufliche Bildung gemeinsam mit der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin zur Belastungs- und Beanspruchungssituation von Erwerbstätigen. Wenn etwa jeder zweite Beschäftigte sich durch Termin- und Leistungsdruck belastet fühlt, wenn noch immer etwa 23 % der Erwerbstätigen bei der Arbeit häufig schwere Lasten bewegen und mehr als 50 % ihre Arbeit im Stehen verrichten müssen - wobei jeder vierte diese Steharbeit als belastend empfindet - dann offenbart sich ein Bedarf für die Prävention arbeitsbedingter Gesundheitsgefahren.

Es kann wohl behauptet werden, dass mit der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie ein neues Kapitel in der Geschichte des deutschen Arbeitsschutzsystems aufgeschlagen wird. Erstmals wird es in Deutschland eine länder- und unfallversicherungsträgerübergreifende Strategie mit Schwerpunktsetzungen geben, und erstmals werden Bund, Länder und Unfallversicherungsträger im Rahmen dieser Strategie verbindlich gemeinsame Arbeitsschutzziele und Handlungsfelder vereinbaren, diese in Arbeitsprogrammen auf Länderebene umsetzen und die Ergebnisse auf nationaler Ebene evaluieren.

Das übergeordnete Ziel der gemeinsamen Strategie ist es, die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten durch einen präventiv ausgerichteten und systematisch wahrgenommenen Arbeitsschutz ergänzt durch Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung zu erhalten, zu verbessern und zu fördern. Der Ort, an dem dies umgesetzt werden muss, ist das Unternehmen, ist der einzelne Arbeitsplatz. Betroffen sind sowohl die Interessen der dort Beschäftigten als auch die der Arbeitgeber. Insoweit ist die Einbindung der Sozialpartner bei der Entwicklung und Festlegung gemeinsamer Arbeitsschutzziele von herausragender Bedeutung. Die Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie sieht deshalb vor, dass sich die Nationale Arbeitsschutzkonferenz bei der Entwicklung und vor der Festlegung konkreter Arbeitsschutzziele eng mit den Sozialpartnern abstimmt.

Die Form der Mitwirkung der Sozialpartner ist noch in der Diskussion. Die Sozialpartner wünschen sich eine gleichberechtigte Teilnahme ihrer Vertreter an dem Entscheidungsgremium der GDA, der Nationale Arbeitsschutzkonferenz. Die ASMK hat in ihrem vorjährigen Beschluss eine enge Einbeziehung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Diskussionsprozess, jedoch keine stimmberechtigte Vertretung in der NAK vorgesehen. Mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände werden zur Zeit mögliche Kompromisse in dieser Frage ausgelotet. Eines ist aber unbestritten, den Sozialpartnern wird eine hervorgehobene Rolle eingeräumt. Gemeinsame Arbeitsschutzziele können nur dann wirksam und nachhaltig in den Betrieben umgesetzt werden, wenn die Sozialpartnern sie akzeptieren und mittragen.

Ich meine, dass sich das schrittweise Vorgehen bei der Ermittlung von Arbeitsschutzzielen und gemeinsamen Handlungsfeldern bewährt hat. Nach dem Auswerten der vielfältigen Datenquellen und einer ersten Formulierung von insgesamt zwölf Arbeitsschutzzielen wurden Kriterien zur Bewertung der Ziele definiert. Diskussionen mit den Sozialpartnern führten schließlich zu den nun vorgeschlagenen drei gemeinsamen Arbeitsschutzzielen:

- Verringerung der Häufigkeit und Schwere von Arbeitsunfällen unter Einbeziehung der Verringerung von psychischen Fehlbelastungen und Förderung der systematischen Wahrnehmung des Arbeitsschutzes in Unternehmen mit den gemeinsamen Handlungsfeldern Bau- und Montagearbeiten, Logistik, Transport und Verkehr sowie Neulinge im Betrieb,
- Reduzierung von Beschwerden und Erkrankungen des Muskel-Skelett-Systems unter Einbeziehung der Verringerung von psychischen Fehlbelastungen und Förderung der systematischen Wahrnehmung des Arbeitsschutzes in Unternehmen mit den gemeinsamen Handlungsfeldern Gesundheitsdienst, einseitige belastende oder bewegungsarme Tätigkeiten und
- Verringerung der Häufigkeit und Schwere von Hauterkrankungen mit den gemeinsamen Handlungsfeldern Feuchtarbeit sowie Kontakt mit hautschädigenden Stoffen.

Die Ziele und genannten Handlungsfelder sind gut begründet. Die bei den ersten beiden vorgesehene Einbeziehung der Fragen der psychischen Fehlbelastungen nimmt eine der Kernforderungen der Arbeitnehmer auf. Die genannten Themen und gemeinsamen Handlungsfelder sind in einem intensiven Arbeits- und Abstimmungsprozess von den Trägern der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie erarbeitet, eng mit den Sozialpartnern abgestimmt und erst vor wenigen Tagen im 2. Arbeitsschutzforum mit den Sozialpartnern und weiteren am Arbeitsschutz beteiligten Kreisen fachlich erörtert worden. Dieser Prozess war von einer hohen Bereitschaft aller Beteiligten für eine erfolgreiche Umsetzung gekennzeichnet. Die Zusammenarbeit der drei Träger der GDA war durch gegenseitiges Vertrauen geprägt und insgesamt sehr effizient. Die Sozialpartner haben sich trotz ihrer oben erwähnten Kritik im gesamten Verfahren sehr konstruktiv eingebracht und wie alle anderen auch die Fähigkeit zum Kompromiss bewiesen. Die Einbeziehung der weiteren am Arbeitsschutz beteiligten Verbände, der Krankenkassen und der Vertreter der Wissenschaft ist auf Grund des

sehr engen Zeitablaufes noch nicht in wünschenswertem Umfang erfolgt. Dies wird sich bei der Ausfüllung der Strategie sicher verbessern lassen, auch die heutige Tagung kann dazu einen Beitrag leisten.

Nach meiner Einschätzung wird sich die ASMK im November mit den vorgelegten Zielen und Handlungsfeldern der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie beschäftigen und diese, möglicherweise mit einigen Modifikationen, beschließen. Es kommt jetzt darauf an, dass das Landesamt für Verbraucherschutz als Arbeitsschutzbehörde in Sachsen-Anhalt und nicht zuletzt als geschäftsführende Einrichtung des Landesarbeitskreises und die in Sachsen-Anhalt tätigen Unfallversicherungsträger möglichst unter intensiver Mitwirkung der Sozialpartner und vieler im Landesarbeitskreis vertretenen Organisationen und Institutionen in einer gemeinsamen Anstrengung wirksame Kampagnen, Aktionen und Maßnahmen vereinbaren, die es ermöglichen, die sicher nicht leicht erreichbaren Arbeitsschutzziele zu verwirklichen.